

Baugesetz

für Halle vierjährig 2,50 M., bei zweijähriger Bauzeit 7,50 M., durch die Post 3 M., pneumatisch 2 M., einmündlich 1 M., einseit. Aufstellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 6638 des amt. Zeit.-Verz.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle.

[Hauptredaktion: Redaktion Str. 2532. — Expedition Str. 174.]

Saale-Zeitung.

Vierundbreißigster Jahrgang.

Nr. 471.

Halle a. d. Saale, Montag, den 8. Oktober

1900.

Noch mehr Junker.

Was schon vor einiger Zeit angeündigt und von uns besprochen worden, beschäftigt sich: Herr v. Miquel will, um seinem geliebten Junkertum eine neue Gefälligkeit zu erwirken, eine "Reform" der preussischen Fideikommissgesetzgebung in die Wege leiten, d. h. er will die Fideikommissgesetzgebung erweitern und die ökonomische Grundlage für neue Junkerfamilien schaffen. Die früheren Verlautbarungen über diesen Plan werden jetzt offiziell bestätigt. Wie mitgeteilt wird, sind die Vorarbeiten so weit vorgeschritten, daß die Einbringung der betreffenden Vorlage in der nächsten Session des preussischen Landtages zu erwarten ist.

Das offizielle Organ, das diese Nachricht verbreitet, ist zugleich in der Lage, einige Mitteilungen über die Grundzüge der Vorlage zu machen. In acht Miquel'scher Weise ist diese offizielle Auskündigung mit Wenn und Aber versehen, sie läuft darauf hinaus, daß eine Erweiterung der Fideikommissgesetzgebung und eine Erweiterung des Fideikommissbesitzes erfolgen soll. In der Mitteilung heißt es: „Dem Vernehmen nach wird diese Reform zwar von dem Oberhaus getragen sein, doch die Erhaltung des Programmbereiches in bestimmten Familien ein Bedürfnis sei. Doch soll deshalb die Ausbildung des Fideikommisswesens nicht durchweg grundmäßig begünstigt und gefördert werden. Vielmehr soll sie in einzelnen Landesteilen mehr gebremst, in anderen mehr gefördert werden.“ Man hört in diesen wenigen Sätzen, von denen der eine den anderen fortwirft, deutlich die eigenartige Dialektik des Herrn v. Miquel heraus. Was Hauptüberzeugungsmittel soll eine Ermäßigung der Stempelsteuern für die Fideikommissgesetzgebung, insbesondere auch durch die Wertbestimmung nach dem bauernden Ertrage, in Aussicht genommen sein. Wie erinnerlich hat schon bei der Beratung des Stempelgesetzes im Jahre 1895 das Junkertum den Versuch gemacht, eine Ermäßigung der Stempelsteuern für die Fideikommissgesetzgebung durchzusetzen. Der jetzige Präsident des Abgeordnetenhauses, Herr von Kröcher, prescht dabei die Verdienste des auf Fideikommissbesitz beruhenden Junkertums, rief dadurch aber eine ausgezeichnete und fröhliche Erwiderung des Abg. Richter hervor, der die Gemeinnützigkeit des Junkertums, seine unverzügliche Interessenpolitik und Begierlichkeit auf Kosten des Gemeinwohls in das rechte Licht stellt. Demnach gelang es, die Ermäßigung des Fideikommisssteuersatzes zu verhindern. Jetzt will Herr v. Miquel den Junkern zu Willen sein, obwohl die Einkünfte entfallen würden. Aber Herr v. Miquel, der sonst nur allzuoft den Dummheit den Dummheit hält und zum entgegengesetzten Kaufenergie gegenüber wichtigen Kulturaufgaben steht, gefällt sich in Fideikommiss, wenn es sich nur das verächtliche Junker- und Agrariergut handelt. In der offiziellen Auskündigung wird auch mitgeteilt, daß das Fideikommisswesen, das bisher den Oberlandesgerichten unterstellt war, fortan der Landwirtsch. a. d. Verwaltung unterstellt werden soll, weil hinsichtlich der Bildung von Fideikommissen nicht mehr ausschließlich nach juristischen, sondern in erster Linie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verfahren werden soll. Auch in dieser Änderung liegt wohlwollendes Entgegenkommen gegenüber den Junkern, denn es ist klar, daß das landwirtsch. a. d. Ministerium agrarischen Rücksichten und Forderungen zugänglich ist als das Justizministerium.

Das der neue Plan des Herrn v. Miquel die gestiegene Höhe erhalten wird, ist nach der Zustimmung der preussischen Kammer nicht zu bezweifeln. Alle Bedenken, die liberalerlei gegen die Vermehrung des gebundenen Vermögens und die Schaffung neuer Junkerfamilien anzuhören sind und im Landtag zur Geltung kommen werden, dürften leichten Verkehrs in den Wind geschlagen werden. Die Miquel'sche Agrarpolitik, die in dem Fideikommissgesetz das Ideal eines geführten Vermögens erblickt, hat im Landtage eine sichere Wehrzeit, und wir müssen uns nach Lage der Dinge auf eine weitere Vermehrung des Fideikommissbesitzes gefaßt machen. Es gibt in Preußen etwa 1200 Fideikommissen in den Händen von etwa 1000 Familien. Derselben umfassen 6,21 Proz. der Gesamtfläche des Staatsgebietes. In den einzelnen Provinzen ist der Anteil von der Fläche verschieden und steigt z. B. in der Provinz Sachsen auf 14,11 Proz. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Fideikommissbesitz fortgesetzt erweitert. Noch im Jahre 1898 hat sich die Gesamtfläche der Fideikommissen um 24,000 Hektar, die Zahl der Fideikommissbesitzer um 19 vermehrt. Der Fideikommissbesitz ist zum weitaus größten Teil in den Händen des Adels. Noch nicht 1 Proz. der Besitzer weiß bürgerliche Namen auf. Die geplante Erweiterung der Fideikommissgesetzgebung vollstän-

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser hat kürzlich dem Oberverwaltungsgerichtspräsidenten Westf. Geheimen Oberregierungsrat Breßler Franz v. Sickingen ert. bei seiner Entlassung aus dem Staatsdienst durch ein Landratsamt seine besondere Anerkennung für die in einer etwundenzwanzigjährigen amtlichen Laufbahn geleisteten ausgezeichneten Dienste ausgesprochen und ihm seine Photographie mit eigenhändiger Unterschrift beschieden.

* Der Kronprinz hat sich nach Kreuzburg zur Teilnahme an den Jagden auf den Besitzungen des Herzogs Karl Theodor in Bayern begeben.

Der Frage der Theater-Zensur.

die angeht, dank der eifriger Tätigkeit des Berliner Genosses besonders aktuell ist, hat sich Ernst v. Willdenbruch im neuesten Heft der „Woche“ in einer Stelle geäußert, die keineswegs auf die Zustimmung aller freigeistlichen Kreise, die es ernst und gut mit dem geistigen Leben unseres Volkes meinen, rechnen kann, wenn er andererseits auch manchen beherzigenwerthen Gedanken zum Ausdruck bringt. Willdenbruch sieht auf dem Polseislandpunkt, daß „der Staat seine Macht, die innerhalb seines Gebietes sich befindet, unkontrolliert läßt und es sich unter Umständen schuldig sei, Elemente, die seinem Kulturleben schaden, werden, sich zu erwehren“, und will alle Städte verbieten, die „eine Mischung aus den, das sittliche Empfinden und den Intellekt des Volkes, alles das, was wir unsere Kultur nennen, beunruhigenden oder gefährdenden Elemente.“ Das heißt doch die ganze Kulturvergangenheit rekonstruieren mit der Gefährdung der Zensur, ganz abgesehen davon, daß nach der Ansicht Willdenbruchs der Staat mit demselben Rechte, mit dem ihm die Zensur über die Bühnendichtungen zugesprochen wird, jederzeit auch die Zensur über die Presse überhaupt über jegliche freie Meinungsäußerung auszuüben berechtigt wäre. Zum Glück steht dem die Befreiung eines Regel vor. Die vorhandenen Organe für die Handhabung der Theater-Zensur findet Willdenbruch allerdings völlig unzureichend und unzulässig, er schreibt:

Die Theater-Zensur wird bei uns von der Polizei ausgeübt. Jedem die Verantwortlichkeit für das, was er schreibt, liegt die Verantwortung über der dramatischen Kunst zu Gericht. Wer jemals in kleineren Städten gewohnt und das geistige Leben dortselbst kennen gelernt hat, weiß, was für salomonische Urteile dort unter Umständen zu Tage treten. Aber in der Hauptstadt, in Berlin? Steht es da besser? Hier sind hier die mit der großen Aufgaben betrauten Verantwortlichen? Polizei-Inspektoren, denen die Theater-Zensur als Degenamt überwiehen ist. Ist ein Polizei-Inspektor in der Lage, Staatsinteressen und Kunstinteressen unparteiisch, frei vom höchsten Standpunkte aus abzuwägen abzuwägen? Nein! Er ist Beamter, arbeitet unter einem Vorgesetzten, der über dem feintüchtig steht, seine Entscheidungen in jedem Augenblick ändern und aufheben kann. Der preussische Inspektor ist im allgemeinen ein feistlicher Mensch: die Gefahr, die von ihm ausgeht, ist nicht der Mangel an Ehrer, sondern der Ueberbesitz. Nur aus laudlichem Ueberbesitz habe ich es mir erlauben können, wenn ich manchmal um Sünden die geradezu ungläublichen Streichungen wahrgenommen habe, die auf polizeiliche Anordnungen vorgenommen werden mußten.

Man hat das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanzen über die Zensururteile gestellt. Man hat vorgeschlagen, der Polizeibehörde ein unabhängiges „Kultur-Gesicht“ zu stellen, auf deren Stimme in Streitfällen gehört werden soll. Aber die Prüfung der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit eines Bühnenvorfalls sollte überhaupt den Verwaltungsbehörden entzogen und von unabhängigen Dichtern und Schriftstellern selbst, als den berufenen Sachverständigen, übertragen werden.

So wie der Wissenschaft muß der Staat auch der Literatur die Selbstverwaltung in die Hand geben; ein Institut muß geschaffen werden, das auf dem Gebiete der Literatur den Fakultäten der Universitäten entspricht. Dieses Institut ist die Schriftstellervereinigung: eine von Staats anerkannte und unterstützte Vereinigung von Dichtern und Schriftstellern, deren Name und Verantwortlichkeit eine derartige Stellung in der öffentlichen Meinung erlangt hat, daß sie der Allgemeinheit und dem Staat gegenüber als Vertrauensmänner und Vertreter der Literatur auftreten und handeln können.

Schließlich dieser Ausführungen kann man den einflussigen Hochdichter nur beglückwünschen. Aber würde der Staat, denn in diesem Falle nicht, die von Willdenbruch selbst bewortete Kontrolle aller Elemente, die seinem Kulturleben gefährlich werden, preisgeben? Die Schriftstellervereinigung wäre doch schließlich bis zu einem gewissen Grade nur Partei.

Centrum und Agrarier.

* Der Centrunspresse berichtet das agrarische Draufgängerstück in der Frage der Erhöhung der Getreidezölle nicht geringe Begehrtheiten und Begehr. Nachdem das Centrum wiederholt, zuletzt noch in einer gewissen feierlichen Form auf dem Rathhause in Bonn eine Erhöhung der Getreidezölle in die fähige Aussicht gestellt hat, fordert die Presse des Bundes der Landwirthe jetzt das Centrum auf, zu den im Wirtschaftlichen Ausmaß und in agrarischen Zusammenhängen vorgeschlagenen Forderungen Stellung zu nehmen. Da es jedoch der realistischen Politik des Centruns entspricht, in die wirtschaftlichen Fragen auf seinen Fall zu haben, so ist es nicht verwunderlich, wenn die „Wochenblatt“ der Landwirtschaft der „D. W. Zeitschrift“ antwortet und die fähige und etwas unrichtige Antwort gibt:

„Wenn in dem betreffenden Artikel wieder auf das Centrum hingewiesen wird, das sich bereit erklärt habe, der Landwirtschaft eine wesentliche Erhöhung der Zölle auszusprechen, und nun verlangt wird, daß das Centrum dem vom Verfasser ausgehenden Forderung zustimme, so haben wir schon wiederholt Gelegenheit gehabt, mit Rücksicht auf den Stand der Verhandlungen zu betonen, daß ein solches Verhalten auf einen bestimmten Forderung zur Zeit unmöglich ist. Das hindert nicht daran, daß das Centrum der Landwirtschaft den Schutz angeheben lassen wird, der ihr notwendig ist.“

angegeben, wenn wir unsere wirtschaftliche Stellung in der Welt behaupten wollen.“ Das Blatt führt absondern fort:

Man kann uns gewiß nicht als Gegner der Landwirtschaft bezeichnen, aber auf unserer Seite läßt sich das heutige Wirtschaftsgesetz nicht in ein agrarisches Prokrustesbett legen; wir müssen dem Umstände Rechnung tragen, daß das nicht die Hälfte der Deutschen von der Landwirtschaft und von den verwandten Berufen (Schäfer, Gärtner etc.) lebt. Für die anderen muß auch gesorgt werden. Die heutige Landwirtschaft schließt mon. durch Erhöhung der landwirtsch. a. d. Zölle, aber die Industrie durch Förderung des Exports. Nach unserer Ansicht soll man das eine thun und das andere nicht lassen.“

Wie das Centrum das fertig bringen wird, steht vorläufig noch Geheimnis der „Kön. Volksz.“ zu sein.

Zwei feindliche Brüder.

* Der „Deutschen Tageszt.“ ist die Konkurrenz der „Kreuzzt.“ in der Vertretung konservativer Anschauungen sehr unangenehm. Die „Kreuzzt.“ ist zwar das ältere und das angesehenste Organ der Konservativen; nichtselbständiger, aber vielleicht gerade deswegen, ist das Organ der Agrarier schon seit Jahr und Tag bemüht, der „Kreuzzt.“ in jeder nur erdenklichen Weise Konkurrenz zu machen. Ueber den Erfolg dieser Bemühungen erzählt kürzlich ein Centralblatt eine interessante Begebenheit. Danach wäre von einer dem agrarischen Blatte nachsehenen Seite die Ausrufung gefallen, daß man die „Kreuzzt.“ schon „kein kriegen werde.“ Es ist interessant, zu beobachten, welcher Mittel sich das Organ des Bundes der Landwirthe bedient, um das konservative Konkurrenzorgan in Stande auszuwachen. In einem am Sonnabend gebrachten Artikel über die Baarenhäuser schreibt die „D. W. Zeitschrift“, daß man sich über die Baarenhäuserbekämpfung in „jüdischen“ und unparteilichen Blättern nicht zu wundern brauche und führt absondern fort:

Wenn aber große Betanen, die im politischen Kreise der Baarenhäuser bekämpfen und als Fremde des Mittelstandes angetreten sind, nicht nur Anzeigen, sondern auch Verhöhnungen der Baarenhäuser, die dem Unrechtgebenen noch dazu als Versicherungen der Redaktion eingehten können, so darf man dem gedanklosen Räuber, der sich nicht überlegt, daß er mit einem Einkauf in einem Baarenhäusle eine wirtschaftliche Sünde begeht, möglichst seinen so schmerzlichen Vorwurf machen. So weinend, als er sich sagen kann, daß die Sache noch nicht so schlimm sein könne, wenn selbst solche Blätter ihre Spalten den Anzeigen und Retikeln der Baarenhäuser öffnen.“

Dieser verheerliche Angriff richtet sich gegen die „Kreuzzt.“, die allerdings in ihrer Morgenausgabe vom 19. September eine etwa 100 Zeilen umfassende recht sympathische Schilderung des neuen Baarenhäusle von T. in der redaktionellen Beilage veröffentlichte. Das die „Kreuzzt.“ im politischen Kreise die Baarenhäuser auf das Schärfste bekämpft, im lokalen Kreise aber Bekanntheit für sie annimmt, ist allerdings gelinde gesagt, eine Ironie, deren man das vornehmste Organ der konservativen Partei nicht für fähig halten sollte.

Politisches.

* Hinsichtlich der Ablehnung der Adresse an die Kaiserin zu deren Geburtstag seitens der Westfäl. Stadtverordneten-Versammlung stellt die „Presse.“ fest, daß die Ablehnung, die nahezu e in f i m m i g erfolgt ist, unter Zustimmung der selbst am meisten rechtsstehenden Mitglieder der Versammlung geschah. Des weiteren schreibt das Blatt:

„Ebenso verheerlich ist die Behandlung des Reichstags.“ Die freierartigen und losgebundenen Herren drohen auf gegen die Kaiserin und setzen damit, welchen Werth die freierartigen Gläubigen hatten. Eine regelmäßige Regelmäßigkeit durch Adressen an hochstehende Personen zu überbringen und Monatsbesuchen ist allgemein überhand nicht üblich und war nur in Berlin und Potsdam eine aus alter Zeit übernommene Sitte, welche durch ein entsprechendes Durchschreiben beantwortet wurde. Durch den Brief des Oberverwaltungsrat v. Witthack aber hat die Ablehnung einer solchen Adresse angeführt, eine bloße Fiktion zu sein. Zum Austausch kommunal-politischer Ansichten aber sind weder die Beteiligten noch die Gelegenheiten geeignet.“

Man kann es im Grunde genommen den Westfäl. Stadtverordneten kaum verdenken, daß sie sich nicht wieder der Gefahr aussetzen wollten, oberflächliche Belegungen entgegenzunehmen zu müssen.

* Ueber die Einberufung des Reichstages soll sich, wie die „Zeit. Anst.“ wissen will, der Bundesrat in seiner ersten am Donnerstag stattfindenden Sitzung nach den letzten bereits schließig gemacht haben. Das Blatt ist hinsichtlich, daß „ich Ende dieses Monats“ die Eröffnung des Reichstages zu erwarten ist und die große Reichstags-Präsidentenliste am 1. d. M. beginnt. — „Schon“ ist gut, nachdem der Reichstag monatelang ignoriert worden ist. Von offizieller Seite verstanden übrigens, daß ein Verzicht über den Wiederantritt des Reichstages noch keineswegs herbeigeführt ist und wahrscheinlich in der Konferenz, zu denen sich Graf Bülow zum Kaiser nach Unterwalden begeben habe, vorbehalten bleibt.

* Das agrarische Verlangen nach einem Schutzszoll von 7 1/2 M. im Minimum und 10 M. im Maximum giebt selbst der außerordentlich schützwilligsten gestimmten „Post“ Veranlassung, derartige Forderungen als unerreichbar zu bezeichnen und darauf hinzuwirken, daß mit der Auffstellung zu weitgehender Anträge den Interessen der Landwirtschaft nicht geschadet denn genügt werde. — Aber ist die „Post“ denn nicht selbst nicht schuld daran, daß die Verantwortlichen der Agrarier zu gewöhnen ist? Hat sie denn nicht immer wieder darauf hingewiesen, daß eine Erhöhung der Zölle und insbesondere des Getreidezollens bringend erforderlich ist? Und nun wundern sich das Blatt, daß die Gesetze, die es rufen hat, nicht mehr zurückgehen.

100,000 Abonnenten in ca. 3 Jahren.

Sonnenschein in Herz und Haus trägt die



Sonntags-Beitung

für

Deutschlands Frauen.

Illustrierte Familien- und Modenzeitung

Das nächste Quartal bringt die folgenden Romane:

Die Familie von Ellernbruk.

Original-Roman von Käthe v. Becker.

Verstärktes Glück.

Original-Roman von Franz Rosen.

Auf Feuer. Von *Willy von Kappeler*

mit den Gratisbeilagen:

1. Kunstblätter moderner Meister,
2. Modenzeitung fürs deutsche Haus,
3. Album praktischer Handarbeiten,
4. Kinder-Mode,
5. Roman-Bibliothek,
6. Mutter und Kind,
7. Die Kochschule,
8. Schnittmusterbogen.

Siehe die heutige Beilage!

Zuschrift aus dem Abonentenkreise:

Sie führt mit weitem Oerzschertabe
Ihr Regiment in meinen Haus.
Baut wie die Biene ihre Bode,
Des Hauses Betten kunstvoll aus.

Ich hab Sie in der Küche schalten,
Sie schäft mit Fleiß an Rinnenstrod,
Sie lebrt und unterhält die Alten
Und spielt und loht mit meinem Kind.

Sie grüht mit holden Dichterworten,
Berichtet aus der Welt und Zeit.
Sie ist im Hause alleorten
Mit ihrem guten Rath bereit.

Und fragst Du, welcher weisen Beitung
Wein trautes Heim ist unterteilt?
Es ist der Gaudian „Sonntags-Beitung“,
Die sonnenleich mein Haus erbeilt.



Man
beachte
die
heutige
Extra-
Beilage!



Preis nur

20 Pfg.

wöchentlich.

Man bediene sich der
Bestellkarte in unserer heutigen
Extra-Beilage!

Zu beziehen durch die

Halle'sche Buch- u. Zeitschriften-Handlung

von

Curt Reichel,

Halle a. S., Töpferplan 3, am Leipziger Thurm.

Preis nur

20 Pfg.

wöchentlich.

Für den Anzeigenheft verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Dendel.

Brit 3 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.